



Sächsisch-Böhmisches Umwelttreffen in Usti 27. bis 29. 03. 1992

Das erste Sächsisch-Böhmische Umwelttreffen stand im Zeichen der grenzüberschreitenden Koordination der Naturschutzarbeit der sächsischen und böhmischen Umweltbewegungen.

Dieses Treffen war interessant, um die allgemeine Situation und die vielfältigen Probleme kennenzulernen, die mit dem Schutz der Natur und der Wirtschaft in der CSFR zusammenhängen. Die Probleme sind vielschichtig und es ist schwer, diese in einem kurzen Bericht wiederzugeben.

Die wirtschaftliche Situation in unserem Nachbarland spitzt sich immer mehr zu. Rohstoffe und Energieträger müssen auf dem Weltmarkt für Devisen gekauft werden, die eigenen Produkte lassen sich nur begrenzt gewinnbringend nach außen verkaufen. Die tschechischen Gesprächspartner erwarten einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen.

Die Umweltprobleme treten angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der politischen Diskussion zurück. Die Emissionen der Kraftwerke im nordböhmischen Becken, die das Waldsterben im Erzgebirge und in der südlichen Sächsischen Schweiz maßgeblich verursachen und für großflächige Bodenübersäuerung verantwortlich sind, hält man auch auf tschechischer Seite für untragbar.

Die Ausrüstung der Kraftwerke mit Rauchgasreinigungsanlagen ist finanziell sehr aufwendig. Hier erhofft man sich deutsche Finanzhilfe. Deutsche Investitionen für Rauchgasreinigungsanlagen in tschechischen Kraftwerken haben wahrscheinlich einen höheren Entlastungseffekt für die Umwelt in den betroffenen Regionen Deutschlands (vor allem in Sachsen), als wenn Investitionen für die Rauchgasreinigung von SO₂ oder NO_x in deutschen Kraftwerken eingesetzt werden.

Praktikable Perspektiven für einen Strukturwandel zu einer ökologisch verträglichen Energiepolitik hat man in der CSFR angesichts der akuten Tagesprobleme nicht. Aber solche Perspektiven sind ja auch nicht in der offiziellen Politik in Deutschland zu finden.

In der Verkehrspolitik der CSFR scheint sich eine verhängnisvolle Entwicklung anzubahnen. Umweltverbände zeigten eine CSFR-Karte mit den geplanten Streckenstillegungen bei der Eisenbahn.

In Böhmen ist schätzungsweise die Stilllegung von 50 bis 60 % der Eisenbahnstrecken beabsichtigt. Als Grund wird die mangelnde betriebswirtschaftliche Rentabilität genannt. Den Nachweis dieser Behauptung konnte das Wirtschaftsministerium in Prag bisher nicht erbringen.

Dafür ist der Bau von vielen Autobahnen geplant! Das wenige Geld, das man in der CSFR für die Verkehrsinfrastruktur ausgeben kann, fließt allem Anschein nach ausschließlich in den Autobahnbau.

Was dies für die Menschen in diesem Land bedeutet, kann man ersehen, wenn man bedenkt, daß in der CSFR der Besitz eines privaten Kfz etwas seltenes ist und jeder Autofahrer aufgrund der relativ zum Arbeitseinkommen hohen Kraftstoffpreise mit jedem Autokilometer rechnen muß. Eisenbahn und Bus sind die meist genutzten Verkehrsmittel. Aber nicht wenige können sich auch diese Verkehrsmittel nur noch in begrenztem Maße leisten. Mit dieser Politik verausgabt der tschechische Staat wertvolle finanzielle Mittel, die den tschechischen Menschen die Mobilität beschneidet, da sie nicht mehr mit der Eisenbahn fahren können und sich Autos nicht leisten können. Da man das Engagement von VW und Mercedes nicht übersehen kann, Teile ihrer Produktion in der CSFR zu bewältigen, entsteht der Verdacht, daß diese umweltfeindliche Verkehrspolitik den Interessen einer ausländischen Autolobby dient.

Erfreulich ist die Aussicht, daß es möglicherweise auf der tschechischen, rechtselbischen Seite des Elbsandsteingebirges einen Nationalpark geben wird. Eine entsprechende Gesetzesvorlage ist im Prager Parlament in Arbeit. Mit der Verwirklichung dieses Planes würde ein großer zusammenhängender Teil der Sächsisch-Böhmischen Schweiz unter Schutz gestellt. Voraussichtlich kann die Gründung eines Nationalparks auf tschechischer Seite noch im 2. Halbjahr dieses Jahres erfolgen.

Eine Karte des vorgesehenen Gebietes wollen wir im nächsten Heft veröffentlichen.

Allerdings besteht nicht die Absicht, das linkselbische Gebiet in irgend einer Weise zu schützen. Aber dort wird von tschechischen und deutschen Behörden bekanntlich der Bau einer Autobahn geplant...

Der Bau dieser Autobahn, darüber war man sich in Usti im Klaren, kann nur durch gemeinsame Aktionen deutscher und tschechischer Naturschützer verhindert werden.